

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

ANARCHIE DER PRIVATINITIATIVE ?

- Gedanken zum Städtebau -

Rüdiger Göb

Die fortschreitende Industrialisierung und Technisierung, die Arbeitsteilung, die Vermehrung der Bevölkerung, die Verstädterung, die Bedeutungssteigerung der Dienstleistungsfunktion, die zunehmende Freizeit, der Wandel des Konsumverhaltens und der Nachfrage nach den Wirtschaftsgütern - das sind Faktoren, die unsere Raumstruktur in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend geändert haben. Die räumlichen Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses haben dazu geführt, daß in Gebieten mit besonderer Standortgunst Ballungen von Arbeitsplätzen und demfolgend Wohnungen entstanden. Diese Entwicklung hat zur Entfesselung der Stadt geführt. Heute leben mehr als 40 Prozent der Menschen im Bundesgebiet auf 10 Prozent der Fläche.

Viele unserer Städte sind nicht organisch gewachsen. "Sie gleichen einer Ansammlung zahlloser Dörfer, Provinzstädte (die ihr Maß der Bevölkerungszunahme, der Ansiedlung von Industrien verdanken), sind ein Agglomerat von Wohnstädten, Arbeitsplätzen, Eßgelegenheiten, Illusionsgewerben aller Art; nur eines sind sie nicht: eine aus einem Kern wachsende Stadt" (Mitscherlich). Wir wissen von der gestörten Zuordnung von Wohnungen, Arbeitsstädten und Erholungsgebieten. Das zeigen Pendlerströme und Verkehrsstauungen. Wir wissen von der gefährdeten Vitalsituation: Luftverunreinigung, Wasserverunreinigung, Lärm usw. Die tägliche Pendelwanderung des Vaters zur Arbeit, der Kinder zur Schule oder zum Lehrbetrieb beeinträchtigen Gesundheit und Familienzusammenhalt. Eine derartig mangelhafte Zuordnung der Bevölkerung zum Raum verändert die Gesellschaft

Nr. 6

15. Juni 1970

AUS DEM INHALT

Anarchie der Privatinitiative?	1
Jugendarbeit mit unorganisierten Jugendlichen Erwin Ettlting	3
Zur Diskussion gestellt:	
Zur Situation der Evangelischen Studentengemeinden Hans Mener	6
Zur Stuttgarter Synode der EKD Eberhard Stammler	8
Aus unserer Arbeit	11
Leserbrief	11

in einem latenten, schleichenden Prozeß. Wissenschaftliche Untersuchungen unserer Zeit über die "vaterlose Gesellschaft" oder die "kerngespaltene Familie" machen das u.a. sichtbar. Natürlich ist das schwarz-weiß gemalt, ohne die tausendfältigen Differenzierungen der Wirklichkeit. Aber wie auch immer die Situation in der einzelnen Stadt, im besonderen Verdichtungsraum ist, es bleibt die Gefährdung der Vitalsituation, die Bedrohung der Umwelt, die große Landzerstörung. Über all diese Erscheinungen und ihre Ursachen wird viel gesprochen und nachgedacht. Sicherlich ist das Denken die Voraussetzung zum vernünftigen Handeln; es kann und darf aber das Handeln auf die Dauer nicht ersetzen.

Die vorhersehbare Entwicklung zeigt deutlich, daß wir zum Handeln aufgerufen sind. Wir können zwar nur Vermutungen darüber anstellen, welche wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren im nächsten Jahrhundert einmal die Erscheinungsformen unserer Gesellschaft prägen werden. Damit können wir auch nicht die Fragen nach der Stadt der Zukunft beantworten. Eine Welt im Umbruch, in der "alles fließt", kann auch der Städtebauer nicht in eine für allezeit gültige Form gießen. Gerade die Geschichte des Städtebaus zeigt uns, daß das, was gestern noch richtig war, heute schon wieder hart angefeindet wird. Was wir aber wissen, ist, daß der Verdichtungsprozeß und damit die Verstädterung sich fortsetzen wird. Diese Entwicklungstendenz ergibt sich aus den Schätzungen über die Bevölkerungszunahme, den Zahlen und Tendenzen der Binnenwanderung und aus der siedlungsstrukturellen Notwendigkeit einer Schwerpunktbildung zur rationellen und ökonomischen Ausnutzung der ständig kostspieliger werdenden öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen aller Art. Die gesamtwirtschaftlichen Strukturwandlungen werden diesen Prozeß fördern, denn die Beschäftigung im Bereich der Dienstleistungen wird zunehmen und dieser Bereich ist auf dichtbesiedelte Gebiete angewiesen.

Weder der Verdichtungsprozeß noch die damit verbundene Verstädterung sind an sich schlecht. Schlimm sind nur die Folgen eines ungeordneten Prozesses. Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich grob gesprochen zwei Notwendigkeiten: Wir müssen versuchen, unsere Städte zu erneuern (natürlich gilt das analog auch für die Dörfer, denn die Gefährdung der Vitalsituation ist kein quantitativer sondern ein qualitativer Prozeß) und neue Siedlungseinheiten entwickeln, die zu einer Verbesserung der Siedlungsstruktur beitragen.

Einem ersten Schritt in dieser Richtung soll der CDU/CSU-Entwurf zur Förderung von städtebaulichen Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsgesetz) dienen. Er berücksichtigt, daß wir noch viele Jahre 400 - 500 000 neue Wohnungen jährlich bauen müssen und daß sich diese Siedlungstätigkeit zunehmend in Baukomplexen und nicht in Baulücken niederschlagen muß. Deswegen müssen städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen einer umfassenden regionalen oder überregionalen Planung gesehen werden. Es muß sichergestellt sein, daß Entwicklungsmaßnahmen zu einer umfassenden, in sich geschlossenen Entwicklung von Siedlungen führen. Eine Stadtentwicklungsplanung muß sicherstellen, daß die Wohnungen am richtigen Standort gebaut werden, daß Gewerbebetriebe angesiedelt werden, daß die Siedlungen an den Nahverkehr richtig angebunden sind, daß

die Folgemaßnahmen sach- und zeitgerecht durchgeführt werden und daß alle Maßnahmen miteinander koordiniert sind. Wichtig ist auch, daß die Mitwirkung der Eigentümer oder sonst Beteiligten in der Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Fraktion stark institutionalisiert wird, was zu einer Förderung der Demokratisierung des Städtebaus führen soll und kann. Die Durchführung der Erneuerung und Entwicklung soll weitgehend den Eigentümern und sonstigen Beteiligten selbst überlassen werden. Die Förderung der Privatinitiative muß nicht zu einer Anarchie im Städtebau, zur großen Landzerstörung, führen, wenn hier der richtige Planungsrahmen gegeben und damit auch der dringend notwendige Ausgleich zwischen Individual- und Sozialinteresse an Grundeigentum gefunden wird.

Natürlich wäre mit dem Erlaß eines solchen Städtebauförderungs-gesetzes nur der erste Schritt in die Richtung nach einer Stadt ge-tan, die dem Leben ihrer Bewohner entspricht. Manche andere In-strumente und Maßnahmen des Wohnungsbaus, des Städtebaus, der Ver-kehrs- und Strukturpolitik müssen folgen. Vor allem muß eine Ver-besserung der Siedlungsstruktur auch begleitet sein von wirksamen Maßnahmen zur Abwendung der Gefährdung unserer Umwelt durch Abgase, Abwässer, Müll und Lärm. Diese Formerscheinungen unserer Technik und Zivilisation, die nicht auf die Ballungsgebiete beschränkt sind, aber dort besondere Ausmaße erreicht haben, hat man bisher als lästig, aber unvermeidbar angesehen. Sie sind aber durchaus vermeidbar, wenn auch unter hohen Kosten. Und sie sind nicht etwa nur lästig, sondern zivilisations-, ja lebensbedrohend, wenn es uns nicht gelingt, sie unter Kontrolle zu bringen.

All das muß dazu führen, daß die moderne Stadt dem Maß des Menschen folgt, auf seine Lebensbeziehungen und Lebensformen ausgerichtet ist. Die moderne Stadt darf nicht so aussehen, wie die schlechtge-baute Stadt, von der Goethe in seinen Maximen und Reflexionen spricht, "wo der Zufall mit leidigem Besen die Häuser zusammen-kehrte, und wo der Bürger unbewußt in der Wüste eines düsteren Zu-standes lebt". Die moderne Stadt soll funktionieren, sie soll ein gesundes Leben ermöglichen.

JUGENDARBEIT MIT UNORGANISIERTEN JUGENDLICHEN

Erwin Ettlting

Bildungsnotstand - Bildungsmisere - zu wenig junge Leute aus Arbei-terfamilien erhalten Gelegenheit, Fort- und Weiterbildung zu betrei-ben. Wer kennt die Forderungen nicht, die unter diesen Schlagworten gestellt werden. Sicher werden sie nicht unberechtigt gestellt. Es gibt heute noch nicht das perfekte Bildungswesen. Es gilt, noch vie-le Schritte bis hin zu dieser "Perfektionierung" zu tun.

In allen Diskussionen tritt aber ein Moment immer stärker in den Vor-dergrund: der Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugend-

lichen und der Bereich der Erwachsenenbildung. Jahrelang wurde es versäumt, diese Bereiche der Bildungsarbeit im engen Zusammenspiel mit den "traditionellen" Bildungsinstitutionen zu sehen. Das Nebeneinander war kennzeichnend für die Situation. Es gibt die verschiedensten Organisationen und Institutionen, die seit Jahren auf dem Sektor der außerschulischen Bildungsarbeit mit jungen Leuten arbeiten. Eine von ihnen sei hier vorgestellt: Die Evangelische Jugendbildungsarbeit.

Jugendbildungsarbeit ist seit 1957 ein Arbeitszweig im Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Sitz in Haus Villigst bei Schwerte. Sie wird zentral von einer ständigen Konferenz der Jugendbildungsreferenten geplant und in den verschiedenen Regionen des Landes von den Referenten, ihren ehren- und nebenamtlichen Mitarbeitern durchgeführt. Ihre Entstehung verdankt sie den Erfahrungen mit jungen Menschen in den industriepädagogischen Tagungen des Sozialamtes und dem Modell einer neuen Form offener Jugendarbeit, wie es in der Arbeit der Evangelischen Akademien entwickelt worden ist.

Was will Evangelische Jugendbildungsarbeit?

Man sagt, daß die heranwachsende Jugend unserer Generation weitgehend unter einem Bildungsdefizit leide. Ihr fehle zu oft das Wissen zur Erkenntnis und Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und Zusammenhänge. Deshalb will die Jugendbildungsarbeit sachgemäß informieren und Orientierungshilfen geben. Der Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren (diese Altersgruppe wird im wesentlichen angesprochen) soll Zusammenhänge erkennen lernen, verantwortlich reden und handeln können, Urteile durch Sachkenntnisse erwerben und Vorurteile abbauen. Das Ziel heißt, den jungen Menschen fähig machen, Aufgaben in Gesellschaft und Staat, in der Familie, in Schule, Beruf und Freizeit kritisch zu erkennen und zu meistern. Sicherlich sehr hoch gesteckte Ziele. Es bleibt die Frage nach deren Verwirklichung. Also, was wird praktisch getan?

Bevor auf die Schwerpunkte und die Arbeitsweise der Evangelischen Jugendbildungsarbeit eingegangen werden soll, noch eine kurze Vorbemerkung. Lange Jahre wurde - insbesondere im kirchlichen Raum - eine Vorentscheidung vom jungen Menschen verlangt. Mit anderen Worten gesagt: "Wenn Du zu uns kommen willst, mußt Du Dich entscheiden haben. Du mußt Christ, Gewerkschaftler usw. sein, dann kannst Du bei uns mitmachen." Das "Angebot der Institutionen" war der Stil der Bildungsarbeit, ja, der Jugendarbeit überhaupt. Nun stellt man eine Institutionenfeindlichkeit, insbesondere bei jungen Menschen fest. Sie wollen sich nicht mehr festlegen lassen, wollen sich informieren, selber ihren Standpunkt finden. Das Schlagwort für diese Haltung heißt "Bindungsskepsis". Darauf muß sich auch eine Institution einrichten, die angetreten ist, außerschulische Bildungsarbeit mit unorganisierten Jugendlichen zu betreiben. Deshalb muß man heute weg vom "Angebot der Institutionen" und hin zu einer "Institution des permanenten Angebotes".

Dieses Angebot sollte weit gefaßt, informativ, interessant, objektiv und dennoch kontinuierlich sein. In ihrer praktischen Arbeit geht die Jugendbildungsarbeit dabei folgenden Weg. Um eine möglichen

breite Basis für eine kontinuierliche Arbeit zur Verfügung zu haben, werden mit geschlossenen Gruppen, insbesondere von Berufs- und berufsbildenden Schulen, sogenannte Ersttagungen durchgeführt. Auf diesen Tagungen, die in enger Zusammenarbeit mit Berufsschulpfarrern, Religionslehrern u.a. geplant und durchgeführt werden, werden insbesondere Einzelthemen diskutiert, wie Auseinandersetzung mit den Massenmedien, Probleme der Dritten Welt, Spannungsfeld Ost - West u.ä. Im Mittelpunkt einer solchen Tagung steht die Information, die teils vermittelt, teils selbst in sogenannten Arbeitsgruppen erarbeitet wird. Aus den Teilnehmerkreisen heraus wird ein Teilnehmerkreis für die "allgemeine Tagungsarbeit" gebildet. In dieser allgemeinen Tagungsarbeit wird der Versuch unternommen, junge Leute über einen längeren Zeitraum zu begleiten.

Der Spannungsbogen des Teilnehmerkreises ist weit gesteckt. Vom Hilfsarbeiter bis zum Studenten ist jede Berufs- und Personengruppe zu finden, wobei das Niveau des Teilnehmerkreises im Durchschnitt nicht über die Mitte hinausgeht. Hier liegt vielleicht auch die Chance dieser Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Sie, die sie sich bisher im Normalfall fast ausschließlich mit Berufsfragen beschäftigt haben, werden nun auch an andere Themen- und Problemkreise herangeführt. Sie informieren sich, üben sich im Gespräch unter Gleichgesinnten und vertiefen ihr Allgemeinwissen. Ziel dieser Arbeit ist die Hinführung zur politischen Aktion oder besser zum Engagement überhaupt. Man muß jedoch sagen, daß gerade an diesem Punkt die Erwartungen nicht sehr hoch gesteckt werden dürfen. Immerhin bleibt doch festzustellen, daß durch diese Arbeit in Einzelfällen ein sogenannter Bildungshunger eingesetzt hat, daß junge Leute das Bedürfnis nach Weiterbildung artikulieren (Mittlere Reife, Abitur, andere Ausbildung - hier insbesondere soziale Berufe, Erlernen von Sprachen usw.) In anderen Fällen kann man es schon als Erfolg verbuchen, wenn junge Leute, die zwei Jahre nur zugehört haben, nun Arbeitskreise leiten und eigene Diskussionsbeiträge geben. In wieder anderen Einzelfällen erfolgt sogar ein Engagement in Kirche und Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbänden u.a. Institutionen.

Behandelt werden mit diesem Teilnehmerkreis Themen wie "Gesellschaft in der Bundesrepublik", "Fragen der Kirche", "Massenmedien" u.ä. Letztlich wird auch der Versuch unternommen, längere Tagungsreihen wie "Die Welt im Jahr 2000" anzubieten. Bei dieser Tagungsreihe im speziellen geht es um die Information, zu welchen Ergebnissen Wissenschaftler bei der Zukunftserforschung kommen und zum zweiten um die Frage, wie die Gleise heute gestellt werden müssen, um dieser voraussichtlichen Entwicklung in irgendeiner Form gerecht zu werden. Daß dabei die Analyse unserer heutigen Gesellschaft ebenso eine Rolle zu spielen hat, scheint einleuchtend zu sein. Diese Analyse geschieht vorwiegend in Eigenarbeit. Aus dieser "allgemeinen Tagungsarbeit" heraus werden dann sogenannte "Zweitprogramme" gebildet. Zur Zeit laufen im Bereich des Verfassers zwei langfristige Seminare: 1) Einführung in die Soziologie, 2) Einführung in die Psychologie. Die Teilnehmer erhalten nach Absolvierung des Seminars ein Zertifikat. Daneben werden spezielle Tagungen und Seminare für bestimmte Personen und Sachgruppen durchgeführt. Im einzelnen handelt es sich dabei um Tagungsreihen für Vertreter der Schülermitverwaltung an berufsbildenden Schulen, um Tagungsreihen für das 9. Schuljahr (Thema: Hin-

führung in die Arbeitswelt. Die Fragen und Probleme werden während eines sechstägigen Seminars in einem gespielten Modellbetrieb aufgeworfen und nach jeweils einem Arbeitsgang reflektiert) sowie um Sprachkurse für die Teilnehmer an eigenen Sommerkursen und Studienfahrten ins Ausland.

Zum Gesamtprogramm der Jugendbildungsarbeit gehören also: Tagungen, Seminare, Kurse, Vortrags- und Gesprächsabende, internationale und ökumenische Begegnungen, geschlossene Klassentagungen mit Berufs- und berufsbildenden Schulen, Fach- und Realschulen, Lehrlingskurse.

Warum betreibt die Kirche eine solche Arbeit?

Weil Jesus Christus als Herausforderung an die Welt zu sehen ist, soll die Jugendbildungsarbeit schon in ihrer Arbeitsweise sichtbar machen, wie das Evangelium eine Entkrampfung verfestigter Formen bewirkt, zur Toleranz befähigt und die Offenheit fördert, unzeitgemäße Ordnungen und Strukturen zu verändern. Ferner will die Jugendbildungsarbeit deutlich machen, daß das Evangelium freimacht, alle Fragen zu durchdenken. Deshalb lautet die unmittelbare Aufgabenstellung: Übungsfelder aufzuspüren, in denen mitverantwortliches Handeln junger Menschen geübt werden kann, Anregungen zu geben für praktikierbare Möglichkeiten des Engagements in der Gruppe, in der Gemeinde und der Gesellschaft sowie Einübung in ökumenisches Denken und Handeln zu versuchen. Zum anderen bleibt anzumerken, daß es als eine Aufgabe der Kirche heute gesehen werden muß, als neutraler Partner, frei von Weltanschauung und Ideologien, offene Bildungsarbeit zu betreiben, eine Offenheit, die nicht nur das Angebot meint.

ZUR SITUATION DER EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDEN

Hans Mener

- Ein Diskussionsbeitrag -

Die Evangelische Studentengemeinde scheint in ihrer Bedeutung gesunken zu sein: noch 1969 wurde sie vom Bundesministerium des Innern zu den wichtigsten Gruppen im Reservoir der radikalen Linken gezählt; heute ist sie gerade noch gut genug für vereinfachend entstellende Berichterstattung von Sonntagszeitungen. Der kaum begründbare Verdacht von Bundesbehörden wird darin zur Peitsche der Hexenjäger: nicht mehr violett, sondern ein kräftiges blutrot sei die heutige Kirchenfarbe - vor allem nach der Meinung vieler Studentenfarrer und Glieder der evangelischen Studentengemeinden.

In der Provinz wirkt sich das so aus: Studentenfarrer werden gelegentlich nur noch mit Mißtrauen oder gar nicht mehr auf Kanzeln geduldet; vor Kirchentüren Flugblätter verteilende Studenten sind Anlaß, aus mancher Zeitung leicht erlernbare Beschimpfungen zu reproduzieren; experimentierende Studentengemeinden werden verdächtigt, "kommunistische Schaltzentralen" zu sein. Hier verfestigen sich Grün-

de für kaum mehr zu beseitigende Schwierigkeiten der Kritischen mit dieser Gesellschaft. Und so wenig wie der öffentliche Umgang mit der protestierenden Jugend unter dem Gesichtspunkt reflektiert wurde, welche gemeinsame Zukunft sich eigentlich noch finden läßt, reagiert ein Teil der kirchlichen Öffentlichkeit überlegt auf kritische Gruppen innerhalb der Kirche. Einige Kirchenleitungen bilden rühmliche Ausnahmen.

Dabei zeigen die zu diesem Semester zusammengestellten Programme der Studentengemeinden ein so breites Angebot, wie es die pluralistische Kirche für ihre besten Tage erträumt: vom Wanderkreis bis hin zur Agitationsveranstaltung bei Lohnabhängigen, von der die Geschichte der Arbeiterbewegung studierenden Projektgruppe bis hin zum regelmäßigen Sonntagsgottesdienst, vom Diskussionsforum über Ehefragen bis hin zum Gottesdienstexperiment und vom regelmäßigen Tanzvergnügen bis hin zum Offenen Abend am Kamin des Studentenpfarrers kommt alles vor. Vertuscht diese Breite nicht, was wirklich vor sich geht? Quer durch die Studentengemeinden läßt sich eine deutliche Absage an das kirchliche Instrumentarium zur Harmonisierung von Gegensätzen feststellen. Das in der Form der Ortsgemeinden bestehende Dach über alle, dessen Giebel das herkömmliche Pfarramt ist, besteht in den Studentengemeinden kaum mehr.

In der durch die Kürze gebotene Einseitigkeit werden zwei Trends hervorgehoben:

Zum einen: Der Gottesdienst mit Predigtmonolog als gewichtigstes Instrument, allzu deutliche Polarisierung zu verhindern, weicht allmählich einer der Gestaltung einzelner Gemeindegruppen überlassenen Veranstaltung, in der sie sich, ihr Problem und ihre Gedanken zu dessen Lösung dar- und zur Diskussion stellen. Nicht selten führt das zur Bildung von Fraktionen, die ihr Recht behaupten, zur evangelischen Studentengemeinde zu gehören. Solche Gruppen bilden sich etwa zur Diskussion und zum Experiment antiautoritärer Erziehung, zur Aufklärung von Arbeitergruppen über ihre gesellschaftlich bedingte Benachteiligung, zur Vertretung öffentlich vernachlässigter Interessen von Gastarbeitern, zum Eintreten für politisch und bürokratisch uninteressante Gruppen sozial Schwacher und anderes mehr. Die Studentengemeinde erlebt hierbei das gleiche Dilemma wie alle kritischen Gruppen, die durch die Protestbewegung der letzten vier Jahre geprägt sind. Die Fraktionierung scheint den Horizont der einzelnen Projektgruppen zu verengen. Sich gegenseitig zu etikettieren ist oft wichtiger als zu koalieren. Nicht selten gehen die Sachfragen im ideologischen Streit unter. Zur Mitarbeit bereite Studenten ziehen sich dann zurück. Andererseits ergibt sich daraus gelegentlich eine Diskussion über die Begründung der Aktivität, über die Wurzeln der Gemeinde.

Zum anderen: Die weitgehend durch Vorsitz im Kirchenvorstand oder Presbyterium der Ortsgemeinde dem Pfarrer bzw. dem nicht oppositionellen Gemeindeglied zugestandene Machtposition kennt die Studentengemeinde nicht. Zu ihrem Versuch, "die Kirche als offene Gesellschaft" zu begreifen, gehören demokratische Arbeitsformen. Aber: der Pfarrer ist meistens länger als alle anderen Glied der Studentengemeinde, außerdem als kirchlicher Amtsträger Vertreter

einer Institution, der die Kritik der studentischen Opposition der vergangenen Jahre ebenso galt wie allen anderen Institutionen. Darum ist die derzeitige Situation der Studentengemeinde sehr stark bestimmt von der Suche nach Arbeitsformen, die kein Gemeindeglied privilegieren. Das Studentenpfarramt muß deshalb neu gestaltet werden. Vorschläge dafür sind gemacht. Ihre Bedeutung für die Studentengemeinde verlieren sie in dem Moment, in dem diese "Gemeinde im Experiment" gezwungen wird, von der einzig legitimen Frage zur Umstrukturierung des Studentenpfarramtes abzugehen, nämlich von der Frage nach dem Sinn eines relativen Gegenübers von christlicher Gemeinde und Hochschule im Bereich der Hochschule.

In der Antwort auf diese Frage wird sich die Rolle eines hauptamtlichen Theologen in der Studentengemeinde von selbst abzeichnen. Nur so viel ist schon zu erkennen, daß die mancherorts gedachten Hochschulpfarrstellen nur zur religiösen Affirmation der bestehenden Verhältnisse beitragen werden, statt den Lernprozeß zu begünstigen, in dem sich Gemeinde in einer distanzierten Beziehung zur Hochschule immer neu begreifen muß. Das kann sie nur in der Reflexion auf die Gesamtheit inneruniversitärer Lernprozesse. Für ihren hauptamtlichen theologischen Mitarbeiter heißt dies, daß er an diesen Prozessen beteiligt sein muß (nach R. Tietz: Von Gefangenschaft und Freiheit des Studentenpfarrers, Arbeitspapier der ESG i. BRD und Berlin (West)).

Die Situation der Evangelischen Studentengemeinden wird sich in dem Maße klären, in dem diese Andeutungen bedacht und verwirklicht werden. Daran hängt ein Stück Zukunft der Kirche. Wer für sie arbeiten will, darf sich von der das Problem verstellenden Polemik gewisser öffentlichkeitsprägender Kreise gegen die Evangelische Studentengemeinde nicht irritieren lassen.

ZUR STUTTGARTER SYNODE DER EKD

Eberhard Stammler

Noch selten sah man einer Synode der EKD mit solchen Erwartungen entgegen wie der Tagung, die vor Pfingsten in Stuttgart stattfand. Nachdem sich die DDR-Kirchen aus der EKD herausgelöst und einen eigenen Kirchenbund gegründet hatten, stellten sich eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen, die nun von der Synode zu beantworten waren.

Am heikelsten war das Problem, ob es denn noch eine "Evangelische Kirche in Deutschland" gebe, nachdem ein Drittel ihrer Gliedkirchen ausgeschieden ist und sie damit auf das Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlins beschränkt wurde. Angesichts dessen vertraten manche die radikale Meinung, man müsse die EKD als aufgelöst betrachten und eine verfassungsgebende Versammlung einberufen, um dort eine neue Grundordnung zu beschließen. Im Gegensatz dazu waren die lei-

tenden Organe der Auffassung, daß die bisherige Grundordnung der EKD weiterhin gültig sei, denn nach ihrer Verfassung sei Voraussetzung für ihren Bestand "die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit". Diese Gemeinschaft sei auch durch die formale Trennung nicht in Frage gestellt, zumal auch die Verfassung des neuen Kirchenbundes der DDR ausdrücklich darauf hinweise. Die Entscheidung fiel dann insofern für die letztere Auffassung, als sich die zunächst als Regional-Synode (West) einberufene Versammlung zur Synode der EKD erklärte.

Zum zweiten erhitzte man sich an der Frage des Namens. Hat die West-EKD noch das Recht, die geographische Bezeichnung "Deutschland" zu tragen, nachdem sie ja nur für ein Teilgebiet zuständig ist, und erweckt sie nicht mit der Beibehaltung des bisherigen Namens den Anschein eines kirchlichen "Alleinvertretungsanspruchs" für ganz Deutschland? Darüber wurde erbittert gestritten, und in diesen Diskussionen kamen nochmal alle Argumente hoch, die aus den Deutschland-Debatten bekannt sind. Man kam dann insofern zu einer klugen Entscheidung, als man sich angesichts des gegenwärtigen überhitzten Klimas nicht zu einem vorschnellen Beschluß drängen lassen wollte. So blieb man vorerst bei der bisherigen Bezeichnung und überließ es den kommenden Ausschußberatungen, dafür eine geeignete Lösung zu finden.

Ein drittes Problem stellte sich durch die Lücke, die das Ausscheiden der DDR-Kirchen in die Synode und in den Rat gerissen hatte. Sollte man es bei der Zahl belassen, die übriggeblieben war, oder sollte man den alten Bestand wieder herstellen? Im Blick auf die Synode entschied man sich dafür, die Zahl der verbliebenen 78 Synodalen auf die ursprünglich 120 aufzustocken und sie durch Zuwahlen zu ergänzen. Beim Rat, dem Leitungsgremium, stellte sich die Lage komplizierter dar. Nach der Ordnung soll er 15 Mitglieder haben, aber nachdem die vier Vertreter der DDR ausgeschieden waren, ein Mitglied (der Fuldaer Fabrikant Walter Bauer) verstorben war und ein weiteres Mitglied (der Hamburger Bischof Hans Otto Wölber) zurückgetreten ist, hat sich die Zahl auf neun reduziert. Während auch in diesem Fall vorgeschlagen wurde, wieder sämtliche Plätze zu besetzen, wurdendagegen Bedenken geltend gemacht. Einige Berliner Synodale meinten, man solle als Zeichen der Trauer über die Trennung die Lücke noch einige Zeit offen lassen; die Mehrheit vertrat die Auffassung, daß man den neu zu wählenden Synodalen jene Entscheidung nicht vorwegnehmen sollte. So entschied man sich, zunächst nur drei Plätze neu zu besetzen. Die Wahl fiel auf den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Richard von Weizsäcker, den Schleswig-Holsteinischen Bischof Petersen und die Heidelberger Studienleiterin Frau Dr. Scharffenorth.

Zum vierten ist die Entscheidung zu nennen, die für den Auftakt als die wichtigste empfunden wurde. Nachdem der Wiesbadener Ministerialdirigent i.R. Puttfarcken kurz zuvor sein Amt als Präses der Synode niedergelegt hatte, stand man vor der Frage, ob man eine Persönlichkeit finden würde, die mit noch mehr Gewicht und Profil die Synode leiten und repräsentieren könnte. Dieser Aufgabe kommt schon deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil der Synodalpräses zugleich Mitglied des Rates ist. Man gewann schließ-

lich den Tübinger Rechtswissenschaftler Professor Ludwig Raiser dafür, der sowohl im akademischen Leben als auch in der evangelischen Kirche bisher schon hohes Ansehen genoß. Als Vorsitzender der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung war er vornehmlich für die maßgeblichen Denkschriften (wie zum Beispiel zur Vertriebenenfrage) verantwortlich. Er gab zu erkennen, daß er nunmehr die Arbeit der Synode wirkungsvoller gestalten wolle.

Die bisher behandelten Probleme und Entscheidungen betrafen die aktuelle Aufgabe jener Synode. Schwerwiegender aber waren die Fragen, die im Hintergrund standen. Mit auffallender Einmütigkeit wurde festgestellt, daß sich die EKD nunmehr einer Generalreform unterziehen müsse, um sie zu einem wirksameren Handeln zu befähigen. Mehrfach wurde beklagt, daß die zwanzig Landeskirchen, bei denen ja allein alle Entscheidungsbefugnisse liegen, durch ihren engstirnigen Egoismus viele notwendige Gemeinschaftsaufgaben blockieren. Die "Evangelische Kirche in Deutschland" ist ja in Wirklichkeit keine Kirche (denn in ihr gibt es nicht einmal eine volle Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft), sondern lediglich ein Bund von selbständigen Kirchen, deren Grenzen zum großen Teil noch auf den Wiener Kongreß von 1815 zurückgehen. Es kommt hinzu, daß die innerprotestantischen Konfessionsunterschiede diese Grenzen weithin noch verschärfen, obwohl das Kirchenvolk im allgemeinen an dieser Problematik wenig interessiert ist.

So drängte nun vor allem die jüngere Generation darauf, daß endlich ein entscheidender Schritt nach vorn gewagt werde, aber es zeigte sich, daß derartige Entscheidungen in der Kirche erst langere Vorbereitungen bedürfen. (So wurde berichtet, daß der nunmehrigen Verschmelzung von vier norddeutschen Landeskirchen zur nordelbischen Kirche eine fünfzehnjährige zähe Vorbereitungszeit vorausgegangen war.) Der Hamburger Bischof Dr. Hans Otto Wölber vertrat vor allem die Auffassung, daß man nun den Weg vom "Kirchenbund" zur "Bundeskirche" (in Parallele zum "Bundesstaat") gehen müsse, aber da von den bayerischen Synodalen erheblicher Widerstand laut wurde, entschloß man sich dazu, in der Schlußresolution zwar eine "engere Gemeinschaft der Kirchen" anzustreben, aber die "Bundeskirche" dabei nur in Klammern zu setzen. Immerhin wurde nun ein Ausschuß beauftragt, die kommenden Struktur- und Verfassungsänderungen vorzubereiten, und damit hat die Synode unter den gegebenen Verhältnissen wohl das Äußerstmögliche erreicht.

Im ganzen war zu spüren, daß hier noch die Generation der Sechzigjährigen den Stil und den Verlauf der Verhandlungen bestimmte. Darum wurde die Forderung laut, daß auch die kirchlichen Gremien energisch verjüngt werden müßten. Dafür setzte sich besonders die "Kritische Kirche" ein, die dort durch eine kleine Aktionsgruppe und eine täglich erscheinende Zeitschrift vertreten war. Im Unterschied zu früheren Synoden und auch zum Kirchentag hat sich diesmal die junge Opposition im allgemeinen an die Spielregeln gehalten und wenig Unruhe verursacht. Es fiel auf, daß sie nicht sehr überzeugend und wirkungsvoll ihre Argumente geltend machte, wobei allerdings nicht zu übersehen war, daß der große Generationenunterschied eine Verständigung fast unmöglich

machte.

Wenn man von der Synode keine Wunder erwartete, dann mußte man ihr zubilligen, daß sie in einer besonnenen Weise ihrer Aufgabe gerecht wurde. Immerhin wurden in Stuttgart nun einige Weichen gestellt, die der EKD eine vernünftige Fortentwicklung ermöglichen können. So ist es erfreulich, daß der Rat nun durch einige fähige Laien ergänzt wurde und daß damit vor allem auch Dr. Richard von Weizsäcker, dem neuen Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundesarbeitskreises der CDU/CSU, auf diesem Feld eine wichtige Chance der Mitbestimmung eröffnet wurde.

AUS UNSERER ARBEIT

Am 30. Mai 1970 fand die erste gemeinsame Landestagung der EAK-Landesverbände Nord- und Südbaden in Offenburg statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand ein Referat des badenwürttembergischen Kultusministers Professor D. Hahn, der die mehr als 100 Teilnehmer aufrief, mit dazu beizutragen, die rigorose Unbarmherzigkeit aus unserem politischen und gesellschaftlichen Leben zu verbannen. Bei den anschließenden Vorstandswahlen zum neugeschaffenen EAK-Landesverband Baden wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Evers aus Freiburg zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Seine gleichberechtigten Stellvertreter sind Pfarrer Reutlinger aus Heidelberg sowie Herr Rainer aus Sölden bei Freiburg. Weiterhin wurden in den Vorstand gewählt: Frau Stein (Baden-Baden), Fräulein Becher (Mannheim) sowie die Herren Dr. Burghardt (Pforzheim), Pfarrer Paul (St. Georgen), Pfarrer Meythaler (Philippsburg), Dr. von Coelln (Karlsruhe). Der neue Landesvorsitzende Dr. Hans Evers dankte in seinem Schlußwort den bisherigen Vorsitzenden Pfarrer Bühler (Südbaden) und Bürgermeister Hofheinz (Nordbaden) für ihre im EAK geleistete Arbeit.

LESERBRIEF +)

Weitere Leserbriefe werden wir in der nächsten Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" veröffentlichen.

ZUM THEMA: GETEILTES DEUTSCHLAND - GETEILTE KIRCHE (siehe EV Nr.4/70)

"Daß die Pankower Regierung den Bruch zwischen Westen und Osten, den sie zur Selbsterhaltung dringend braucht, auch mitten durch die Evangelische Kirche in Deutschland gezogen hat, ist eine Tragik von großer geschichtlicher Tiefe. Man darf dabei nur nicht vergessen, daß es einer Reihe von Kirchenleuten heute gar nicht gut anstehen will, ihn als tragisch zu bedauern. Schon als die Evangelische Kirche in Deutschland als Nachfolgerin der Deutschen Evangelischen Kirche 1945 ins Leben trat, herrschten die Stimmen vor, die die Begrenztheit ihrer Kompetenzen und damit ihres Wesens als Kirche nicht genug unterstreichen konnten. Sie sei gar keine Kirche, sondern ein "Bund bekenntnisbestimmter Kirchen", eine Dachorgani-

+) Die hier wiedergegebene Ansicht braucht nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

sation also, womöglich gar nur eine zweckbestimmte, die "Interessen" der verschiedenen angeschlossenen Landeskirchen den Regierungen gegenüber zu vertreten. In den Landeskirchen läge die bekenntnismäßige Bestimmtheit und damit das eigentliche konstitutionelle Element einer Glaubensgemeinschaft. Daß damit die von Napoleon gesetzten Grenzen einstiger Fürstentümer zur normativen Kraft für das Wesen einer Kirche erhoben, daß die Gemeinsamkeit der Geistesgeschichte und des Schicksals überhaupt unter den Strich theologischer Beachtung gesunken waren, daß die Bedrohtheit, die Unsicherheit, der Widerstreit theologischer Lehrmeinungen überall vollständig gleich waren, das war als Argument nicht zugelassen.

In Sachsen und Thüringen, in Hannover und Bayern waren die Landeskirchen aus Gründen, die man eine zufällige Geschichtswahrheit nennen könnte, rein lutherisch geblieben. Zwar war es dort mit dem Kirchensuch, mit der Haltung der Jugend, mit der Geschlossenheit der Pfarrerschaft um kein Haar anders, aber danach war der Block dieser und einiger anderer Kirchen, der sich nun zur "Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirche" zusammenschloß, eine wirkliche Kirche. Daß die Kirchen in den früheren preußischen Provinzen, die aus nicht weniger zufälligen geschichtlichen Gründen "uniert" waren, mit der "Evangelischen Kirche der Union" den andern Block entstehen ließen, war dann nur noch die Folge. Hier liegt, wenn man so will, die größere Tragik. Als der Ulbrichtsche Stab zu spalten begann, spaltete er nicht nur West und Ost im Sinne der Kirche Deutschlands, sondern spaltete das deutsche Luthertum und die deutsche Union, die nach ihrer Verfassung einen noch viel festeren Zusammenschluß darstellten als der arme Überbau über beiden. Das "arm" gilt freilich nur im Blick auf die geschriebene Verfassung und auf die kleine Zahl der Fachleute, denen die alten Bekenntnisschriften auch inhaltlich bekannt sind und denen ihr Inhalt eine Richtschnur auch für das Heute und Morgen zu sein vermag. Der schlichte evangelische Christ steht dem nach wie vor fern. Er übersiedelt von München nach Dortmund und möchte weder lutherisch noch uniert, sondern hier wie dort einfach evangelisch sein. Seltsam eigentlich, daß man ihn hier wie dort zwar gewiß freundlich aufnimmt, dabei aber dann doch als das eine oder andere stempelt. Das alles ist nun nicht zu ändern.

Wenn der Kommentar die bittere Frage aufwirft, ob es unser deutsches Schicksal sei, "in der Teilung zu leben", dann wird hier diese Frage vertieft zu der Befürchtung, daß es unser Schicksal sein könnte, selbst immer wieder Teilung zu bewirken. Jedenfalls aber soll hier festgestellt werden, daß man die von Pankow erzwungene Teilung nicht als tragisches Schicksal beklagen kann, wenn man selbst vorher der "Evangelischen Kirche in Deutschland" die Würde einer Kirche gar nicht zuerkannnt, sondern sie nur als zweckbedingte Dachorganisation angesehen hat. Im Grunde begann ihre Entwürdigung schon in dem Augenblick, als man sie nur noch mit den Anfangsbuchstaben zu bezeichnen begann. Gewiß kann man Baywa sagen, wenn man das Bayerische Warenhaus meint, und die alte Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktiengesellschaft erfordert bestimmt mehr Zeit zum Aussprechen als die HAPAG, aber es gibt keinen Katholiken der von der Kaka sprechen würde, wenn er die katholische Kirche meint. Und er hat recht. Denn wenn es sich um Fragen des Glaubens und damit um Fragen nach Segen und Unsegen, Heil und Unheil handelt, dann möchte man nicht zur Ekadee gehören, wohl aber zur Evangelischen Kirche in Deutschland."

Professor Dr. Herbert Krimm
Heidelberg

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Kaiserstr. 22, Ruf 02221-52931
Bankverbindung: PSchA Köln Nr. 112100, Städt. Sparkasse Bonn, Nr. 56267